



Karsten Schmal, der Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und Hessischer Bauernpräsident, verdeutlichte, dass die Nahrungsmittelproduktion trotz aller derzeitigen Widrigkeiten sinnvoll ist. Foto: Setzepfand

Warum handelt das Kartellamt nicht?

Kreisversammlung AZ-WO diskutiert über Handel

Kreisvorsitzender Florian Schmitt konnte in Albig als Hauptredner Karsten Schmal, den Vizepräsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV) und den Präsidenten des Hessischen Bauernverbandes begrüßen. Er hat einen weiten Weg auf sich genommen, um den Bauern und Winzern in seinem Vortrag „Zwischen volatilen Märkten und Agrarpolitik“ zu zeigen: Nahrungsmittelproduktion macht Sinn.

Denn wer die Welt genau betrachte, sieht, dass nur in wenigen Klimaregionen eine landwirtschaftliche Produktion möglich ist. Oft sei es zu trocken, zu nass oder zu kalt. Und dennoch wächst die Weltbevölkerung, verdeutlichte Schmal, wenn auch nicht in Deutschland. Es werden langfristig Lebensmittel gebraucht. Auch wenn die Agrarmärkte derzeit düster aussehen. „Dass derzeit fast alle Bereiche nicht mehr kostendeckend produzieren, das hatten wir noch nicht“, stellte der Milchbauer fest, der in der Region Waldeck-Frankenberg in Nordhessen seinen Hof hat, den der Sohn inzwischen führt.

Nur Rindfleisch und Geflügel noch wirtschaftlich

Was noch gut laufe, sei Rindfleisch und Geflügel, weshalb die Berater vom Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen die Landwirte über Geflügelhaltung aufklärten. „Doch der Selbstversorgungsgrad liegt bei 73 Prozent, da ist nicht mehr viel Luft“, so Schmal. Wie die Monopolkommission im November dar-

stellte, gehe die Schere zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis weiter auseinander. „Der Handel verzeichnet Rekordgewinne und wir fragen uns, warum handelt das Kartellamt nicht?“

Lidl baut Rechenzentrum für elf Milliarden Euro

Lidl baut derzeit ein Rechenzentrum für elf Milliarden Euro im Spreewald mit Bauerngeld. Und es zeige sich, dass der Preiskampf bei Lidl, Aldi und Co weitergehe, wie der Preiswettkampf vor Weihnachten um die Butter zeigte. So geht der Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft weiter. Seit 2010 um 1,2 Prozent pro Jahr, sodass es im Jahr 2023 rund 255 000 Landwirte gab und im Jahr 2040 wohl nur noch 207 000 Landwirte geben werde. Diese Einschätzung teilt nach den Folien von Schmal die DZ Bank, ein Zusammenschluss der genossenschaftlichen Finanzgruppe der Volks- und Raiffeisenbanken, nicht: Diese erwarten einen stärkeren Rückgang von 256 000 Betrieben im Jahr 2022 auf etwa 100 000 Höfe im Jahr 2040. Da die land-

wirtschaftliche Fläche in Deutschland bis 2040 weitgehend unverändert bleiben dürfte, wird die Durchschnittsgröße eines Betriebs von 64,8 Hektar im Jahr 2022 auf 160 Hektar im Jahr 2040 zulegen. Hierbei werde auch der demografische Wandel berücksichtigt mit den vielen Landwirten, die in den nächsten Jahren in Rente gehen werden.

Die Milchbauern hatten laut Schmal drei gute Jahre, doch diese sind vorbei und keiner baue einen neuen Stall, die Verunsicherung sei groß, die Stimmung schlecht. Man sehe im Weinbau bereits in zahlreichen Regionen wie Mittelrhein oder an der Mosel Flächen brach liegen.

„Doch die Bürger sehen das nicht. Sie sind mit eigenen Problemen beschäftigt, steigende Mieten, hohe Energiekosten und ebenso eine große Verunsicherung. Unsere Demonstrationen waren gut, doch derzeit sind keine Zeiten für Demonstrationen. Nun muss man die Beteiligten wieder an den Tisch bekommen“, sagte Schmal. Die überbordende Bürokratie verärgere nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Bürger und Unternehmer. Ob EUDR oder die Pflanzenschutz-Dokumentation, das seien umständliche Aufzeichnungen. Auch die Düngeverordnung, die aufgrund eines Urteils in Bayern ausgesetzt werde in den Roten Gebieten, beschäftige die Landwirte über die Maßen.

Die neue Besetzung im Bundeslandwirtschaftsministerium bemühe sich. So sieht Alois Rainer Schwerpunkte in der Entbürokratisierung, in der Reaktivierung des Exports und einigen guten Ansätzen wie dem Abschaffen der Stoffstrombilanz, der Verschiebung der Frist des Tierhaltungskennzeichnungs-gesetzes auf Januar 2027, die Agrardieselsrückvergütung und die Aufnahme des Wolfes ins Jagdgesetz.

Rainer verfügt im Jahr 2026 über 6,99 Mrd. Euro mit Ergänzungen von Klima- und Transformationsfond aus dem Sondervermögen Energiewende. So wurde unter anderem beschlossen, dass es 20 Mio. Euro Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Unfallversicherung gibt, plus 12,5 Mio. Euro für die Ackerbaustrategie im Bundesprogramm Ökolandbau und Pro-

teine sowie 2,5 Mio. Euro für das Heimatministerium. Die 25 Mio. Euro für den Umbau der Tierhaltung im Bundesprogramm (BUT) werden jedoch gestrichen.

20 Prozent weniger aus GAP in Zukunft geplant

Insgesamt werden mit der neuen GAP mehr als 20 Prozent weniger Gelder für die Landwirtschaft vorhanden sein, prognostizierte der Nordhessen. In der anschließenden Diskussion wurde Schmal zu Mercosur gefragt. Der DBV habe klar gesagt, dass er das Abkommen nur akzeptiere, wenn die Standards das Niveau der EU haben. „Doch wie sollen wir in Argentinien oder Brasilien kontrollieren. Ich war in den Ländern, dort haben ausgewanderte Deutsche große Rinderfarmen. Wir brauchen diese Abkommen, schlimmer wird es, wenn die Ukraine in die EU kommt“, antwortete Schmal.

Und doch ist die Ernährungssicherheit und der Erhalt der Kulturlandschaft ein Thema. Schmal nennt sich selbst einen Optimisten und zeigt sich zuversichtlich, dass nach jeder Krise wieder ein Aufschwung zu erwarten sei.

Florian Schmitt, der Kreisvorsitzende mahnte in seiner Rede, dass es nicht sein könne, dass Gelder, die für die Förderung des Weinbaus bestimmt sind, zurück nach Brüssel überwiesen werden, weil die Programme dieses Jahr nicht ausreichend genutzt wurden. Statt die Programme anzupassen oder Neue aufzulegen. „Und dann fahren Kontrolleure rum und schauen, wo noch zwei Quadratmeter abgezogen werden können, warum? Das wird in keinem anderen europäischen Land so sein“, sagte Schmitt.

Jens Göhring nahm sich wie vor zwei Tagen der Weinbaupolitik an (siehe nebenan). Zu den Pflanzrechten ergänzte Friedrich Ellerbrock, dass sich bei der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Pflanzgenehmigungen aktuell viel bewege, sowohl auf Bundes- als auch auf EU-Ebene. Unter anderem infolge der Beschlüsse des EU-Weinpakets. Insgesamt sei das System der Pflanzgenehmigungen viel zu kompliziert und müsse deutlich vereinfacht werden.“ zep